

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 15. — 21. Oktbr. 270 Mill. M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 45 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtspaltige Petitzeile oder deren Raum 78 Mill. Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mill. mal Schlüsselzahl d. D. Z. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanz. 70 Mill. M., Reklamen 312 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 243.

Mittwoch, 17. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Macht endlich ein Angebot!

Berlin, 16. Oktober.

Die Reichsregierung war in den letzten Tagen mit innerpolitischen Sorgen vollauf beschäftigt. Die Beratungen über die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen nahmen viel Zeit in Anspruch und es ist rein menschlich verständlich, wenn hinter den Maßnahmen der Innenpolitik die Sorge um die Lösung des Reparationsproblems und des Ruhrkonflikts teilweise zurücktrat. Aber auch sachlich betrachtet wird das begreiflich. Ohne Konsolidierung unserer Verhältnisse im Innern, ohne feste Währung ist die Bilanzierung des Stats nicht möglich, und ohnedem wird Deutschland die Kredite im Auslande nicht erlangen, die schließlich zur sofortigen Begleichung eines Teils unserer Reparationsschulden notwendig sind. Diese Tatsachen haben sicherlich auch die Regierung bei der Abficht geleitet, zunächst den Versuch zu machen, der inneren Lage Herr zu werden, um so gleichzeitig gegenüber dem Auslande den Beweis zu führen, daß es in Deutschland selbst auch noch Kräfte gibt, die bereit sind, den Versuch zur Verhinderung der Katastrophe zu machen.

Aber immerhin bleiben wir der Auffassung, daß die Regierung Stresemann schon in früheren Tagen außenpolitisch mehr hätte leisten können, als es in Wirklichkeit der Fall war, und sie gerade in Anbetracht der von uns wiederholt ausgezeigten außenpolitischen Verhältnisse jetzt allen Anlaß hat, den durch die Unterlassungssünden entstandenen Schaden auszumergen. Das ist jedoch nur möglich durch eine ernsthaft aktive Politik, die wir nicht mehr in den fortgesetzten eher negativen als positiven Versuchen sehen, mit Poincaré zu einer mündlichen Auseinandersetzung über die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet zu kommen. Bisher sind derartige Versuche gescheitert und sie dürften auch in Zukunft nach allen Erfahrungen der Vergangenheit und der politischen Einstellung Poincarés fehlschlagen, solange die Reichsregierung nicht den direkten Weg zu Verhandlungen beschreitet. Diesen Weg sehen wir in einem weitgehenden Angebot an die Reparationskommission. Nur durch einen sachlichen, bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Vorschlag, der ausgeht, von der deutschen Wirtschaftslage und hieraus unsere Leistungsfähigkeit der Gegenwart und Zukunft schlußfolgert, dürfte es möglich sein, gleichzeitig sämtliche Miltierten an den Verhandlungstisch zu bringen und mit ihnen gemeinsam den Versuch zur Lösung der Reparationsfrage zu machen. Der französische Ministerpräsident hat der Reichsregierung bereits mehrfach diesen Weg empfohlen, ohne daß ihn das Kabinett bisher aus uns nicht begreiflichen Gründen beschritten hätte. Gemiß ist die Reparationskommission ein Gebilde, dem restloses Vertrauen gerade in bezug auf die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und die sich daraus folgernde Festsetzung unserer Zahlungen nicht geschenkt werden kann. Die Entscheidungen dieser Kommission in vergangenen Tagen tragen zu sehr den Mafel der Einseitigkeit, als daß wir von heute auf morgen alles vergessen könnten, was durch sie und ihre Beschlüsse verschuldet wurde. Aber uns scheint, daß wir heute nicht Zeit haben, vor allen Dingen auch nicht die Stärke, darüber Beratungen zu pflegen, ob uns das eine oder andere Institut angenehm ist, sondern die Fragestellung die sein muß, wie können wir unserem Lande unter großen Opfern am schnellsten dienen? Nachdem inzwischen auch England und Italien die Reparationskommission entgegen ihrer anfänglichen Abficht als zuständig zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnet haben, kann die Reichsregierung unserem Lande und dem Volke unseres Erachtens nur einen Dienst erweisen, wenn sie der auch im Versailler Vertrag als zuständig bezeichneten Kommission die Aufgabe, die ihr von den alliierten Ländern in den nächsten Tagen gestellt werden soll, durch präzise Angaben über unsere Lage erleichtert und damit vielleicht jene Beschlüsse verhindert, die das Reich, ähnlich wie Oesterreich, unter die Aufsicht eines fremden Finanzkontrolors stellt.

Der positive Inhalt eines Angebots ist durch die Reden des Reichskanzlers über die Reparationsfrage gegeben. Er ist vielleicht in bestimmten Fällen zu erweitern, soweit das mit der Souveränität des Reiches und der deutschen Leistungsfähigkeit vereinbar ist. Besonders das belgische Graubuch scheint uns hierzu einzelne Möglichkeiten zu geben. U. i. wird in diesem amtlichen Dokument der belgischen Regierung die Priorität für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gefordert, übrigens ein Verlangen, das von dem belgischen Außenminister erst wieder in diesen Tagen in einem Interview gegenüber einem englischen Pressevertreter aufgestellt wurde. Wir sind immer der Auffassung gewesen, daß eine Priorität, d. h. eine Bevorzugung der zerstörten Gebiete in der Verwendung aller deutschen Leistungen und Zahlungen im allgemeinen europäischen, insbesondere im deutschen Interesse liegt. Die Beseitigung der sichtbaren Zerstörungen, die Schließung der noch offenen Wunden in Europa würden auch den deutschen Interessen mehr dienen als irgend welche sonstigen mehr oder weniger gut gestückten

Das Reparationsproblem vor der Entscheidung!

Beginn deutsch-französischer Verhandlungen?

Paris, 16. Oktober.

Ministerpräsident Poincaré hat heute um 11 Uhr den deutschen Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat Dr. v. Hoersch, telefonisch benachrichtigen lassen, daß er ihn Mittwoch, um 12 Uhr mittags, zu der von der Reichsregierung gewünschten Unterredung erwarie. Bevor diese Unterredung stattgefunden hat, sind alle Kombinationen über den Zweck und Inhalt der deutschen Mitteilung müßig. Auch die von der „Chicago Tribune“ gebrachte Information wird hier als eine Hypothese bezeichnet, die den Tatsachen nicht entspreche. In politischen Kreisen ist die Stimmung etwas günstiger als sie vor acht Tagen war. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Ablehnung der gemischten Kommission für die Reorganisation der Arbeit im Ruhrgebiet auch von den Anhängern der Politik Poincarés nicht vollkommen gebilligt worden ist. Inzwischen hat die belgische Regierung es durchgesehen, daß ihre Studien von der Reparationskommission geprüft werden sollen, und es wird behauptet, daß es Minister Jasper gelungen sei, auch die britische Regierung für den Reparationsplan zu interessieren. Dazu kommt der entschieden günstige Eindruck, den die entschlossene Tätigkeit des Kanzlers Stresemann in Paris gemacht hat. Darüber schreibt die Mittagszeitung „Information“: „Der Kanzler hat bereits eine Anzahl nützlicher Maßnahmen getroffen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Dr. Stresemann die Wichtigkeit der Reorganisation des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet richtig erkennt, und daß er eifrig dafür arbeitet, eine

Unterhaltung über die Reparationen

Entschädigungen in mehr oder weniger fernen Ländern. Uebrigens haben sich für diese Forderung deutsche Politiker bereits vor Monaten ausdrücklich erklärt.

Die Erfüllung der Ententeforderungen kann selbstverständlich nur im Verhältnis zu der Durchführung der Räumung des Ruhrgebietes stehen. Solange in dem besetzten Deutschland kein augenblicklicher Zustand fortdauert, ist Deutschland beim besten Willen nicht in der Lage, direkte finanzielle Leistungen zu machen, ganz abgesehen von der Finanzierung der Sachleistungen. Beides hängt ab von dem Grade des Entgegenkommens der Entente gegenüber der deutschen Regierung. Je schneller uns das unbedingt notwendige Moratorium bewilligt wird, desto eher können wir Zahlungen leisten und Sachleistungen finanzieren, und je früher Dr. Stresemann sein positives Angebot, das doch einmal notwendig wird, nach Paris richtet, dürfte das deutsche Volk durch Arbeit zur Freiheit gelangen.

Sicherung der Brotversorgung!

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung am Dienstag auf dem Verordnungswege die von der Reichsgetreidekasse zu erwerbende Brotgetreidemenge zur Sicherung der Brotversorgung nach Abschaffung des Marktbrotens von 1 auf 2 1/2 Millionen Tonnen erhöht. Mit dieser Reserve soll in Notfällen eingegriffen und auch ein gewisser Preisdruck ausgeübt werden. Bedarfskommunalverbände können beantragen, daß von der Reichsgetreidekasse ihren Mühlen dreiviertel des bisher gelieferten Getreides zum Tagespreise zugeführt werden. Dadurch hofft man, Schwierigkeiten beim Uebergang von der Marktbrotversorgung zur freien Brotwirtschaft zu vermeiden. Die Kommunalverbände können darüber wachen, daß das Getreide zur Versorgung der Bevölkerung ihres Bezirkes Verwendung findet und von den Mühlen über die Bäder den Verbrauchern als Mehl und Brot zugeführt wird.

Der von der Sozialdemokratie bekämpfte Uebergang vom Marktbrot zum freien Brot in jetziger Zeit muß infolge des ungeheuren Preisunterschiedes der in Berlin von 34 Millionen auf 480 Millionen sprang, die Notlage des Volkes noch stark vermehren. Denn gerade in letzter Zeit war die Spannung zwischen den beiden Brotpreisen infolge der Dollarsteigerung bis hoch in die Milliarden außergewöhnlich groß geworden. Der Uebergang vollzieht sich also in einem der ungünstigsten Zeitpunkte. Um einen gewissen Ausgleich zu schaffen, sind für bedürftige Kinderreiche Familien besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden und auch die Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie der Erwerbslosen sollen eine Anpassung an die Teuerung erfahren. Diese Maßnahmen müssen, darüber darf sich auch die Reichsregierung keinen Augenblick im Zweifel sein, unverzüglich durchgeführt und durch keinen Bureautratismus gehemmt werden. Denn die Not, die sich überall entlädt, ist auf das Höchste gestiegen.

Dollar 5,5 Milliarden.

mit den Verbündeten zustande zu bringen. Er trifft zu diesem Zwecke Vorbereitungen, die uns bekannt sind. Wenn der Kanzler energisch ans Werk geht, kann es ihm doch noch gelingen, dem Reiche den inneren Frieden zurückzugeben. Die französische Regierung wird ihm seine schwere Aufgabe erleichtern, sobald sie sichere Beweise seines guten Willens empfangen hat. Der Kanzler scheint Vertrauen zu verdienen.“ So weit die „Information“. Nach der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit dem Ministerpräsidenten Poincaré wird es sich zeigen, ob diese Bemerkungen auf eine offizielle Äußerung zurückzuführen sind.

Der Reparationsplan des Generals Smuts.

London, 16. Oktober.

Der „Daily Telegraph“ behauptet, daß der Reparationsplan des Generals Smuts auf folgenden zwei wichtigen Punkten beruhe:

1. Finanzielle Wiederherstellung Deutschlands, ähnlich wie in Oesterreich, und zwar unter Leitung des ständigen Finanzausschusses des Völkerbundes.
2. Die Einrichtung einer neutralen Zone am Rhein, die militarisiert sein muß und unter dem Schutze des Völkerbundes stehen muß, ohne daß jedoch die gegenwärtige politische Lage des Landes und seine administrativen Beziehungen zu dem unbesetzten Deutschland angefaßt werden dürfen.

Die Not im Ruhrgebiet.

SPD. Essen, 16. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Knappheit der Lebensmittel und die ungeheure Teuerung im engeren Kohlenrevier haben dazu geführt, daß während der Nacht Scharen von Arbeitern und Frauen auf die Felder ziehen und dort Kartoffeln ausgraben. Die Polizeibehörden sind wegen ihrer Schwäche nicht imstande, dem Vorgehen der hungernden Bevölkerung entgegenzutreten. Vielfach, so auch in Weimar bei Bochum, haben die Arbeiter mit einer großen Anzahl von Bauern eine Vereinbarung getroffen, wonach die arbeitslosen Arbeiter einen Feldschutz für die Bauern stellen unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft bereit ist, gegen entsprechende Bezahlung den Teil der Kartoffeln den Kommunalbehörden zur Verfügung zu stellen, die von den Erzeugern nicht zur Selbsternährung benötigt werden. Die von den Arbeitern gebildeten „Selbsthilfen“ haben weiter beschlossen, die zu Tage liegenden Kohlenflöze zu fördern und den Kommunen für die Unterstühtungsberechtigten, die infolge der ungeheuren Kohlenpreise und der noch immer fortgesetzten Kohlenbeschlagnahme durch die Franzosen ohne Kohlenvorrat sind, zur Verfügung zu stellen.

Heute Wiederaufnahme des Postbetriebes im Ruhrgebiet.

Essen, 17. Oktober.

Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen der Besatzungsbehörde und der deutschen Postbehörde dazu geführt, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit für Mittwoch gezeichnet werden kann. Vor einiger Zeit hatte die Postverwaltung schon Vorbereitungen getroffen, um den Betrieb wieder aufzunehmen. Auch die Dortmunder Verhandlungen sollen vor dem Abschluß stehen, so daß in den nächsten Tagen der Postbetrieb dort ebenfalls wieder aufgenommen werden dürfte.

Der Streit in Polnisch-Oberschlesien beendet.

U. Gleiwitz, 17. Oktober.

Der Streit in Polnisch-Oberschlesien kann mit dem gestrigen Tage als beigelegt betrachtet werden. Nachdem bereits Dienstagabend die ersten Straßenbahnzüge den Verkehr wieder aufgenommen hatten, setzte heute früh auch der Eisenbahnverkehr wieder in vollem Umfange ein. Gestreikt wurde auch heute vornehmlich im Zentralindustrienter. In Kattowitz und auf den entfernteren liegenden Gruben des Landkreises Kattowitz ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zur Nachmittagszeit erschienen im Zentralindustrienter große Massen von Arbeitern zur Arbeit, und es kann damit gerechnet werden, daß am Mittwoch alles wieder seinen geregelten Gang geht. Besondere Vorteile hat der Streit für die Streikenden nicht gebracht, sondern es bleibt bei den derzeitigen Zuständen der Arbeitgeber bezw. der Regierung. Der Wojewode Schultis hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte der Wojewode Schultis führt der Regierungskommissar Dr. Konda, der von der Zentralregierung in Warschau zur Prüfung der Lage nach Oberschlesien entsandt und mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet ist. Konda erkief heute einen Aufruf an die Bevölkerung, in der er sie zur Ruhe und Ordnung mahnt und auffordert, weiterarbeiten, um dem neuerrstandenen Vaterlande zu helfen.

Forderungen des ADW.

Vor der Tagung der drei Spitzenorganisationen.

Als Auftakt zu der am 17. Oktober stattfindenden gemeinsamen Tagung der Ausschüsse des ADW, der Afa und des AOB, fand bereits am 16. die zweite Ausschußtagung des ADW statt, die sich mit den aktuellen Beamtensfragen befaßte. Einmütig gelangten folgende Entschlüsse zur Annahme:

1. Arbeitszeit.

In den Verhandlungen der Partei ist ausdrücklich die Regelung der Arbeitszeit aus dem Ermächtigungsgesetz herausgelassen und der Beschlußfassung des Reichstages vorbehalten worden. Trotzdem versucht jetzt die Reichsregierung, die Neuregelung der Arbeitszeit für die Beamten auf dem Verwaltungswege durchzuführen, ehe der Reichstag zu dem Arbeitszeitgesetz Stellung genommen hat. Dieses Vorgehen ist um so bedenklicher, als das Arbeitszeitkompromiß, „wonach eine Neuregelung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitsstages“ erfolgen soll, so vieldeutig ist, daß erst durch die weiteren Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag Klarheit über die Auslegung dieser Formel geschaffen werden muß. Wird durch die Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten in den Behörden und öffentlichen Betrieben der Achtstundentag auf dem Verwaltungswege aufgehoben, so wird der Reichstag bei seinen Beratungen über das allgemeine Arbeitszeitgesetz bereits vor vollzogene Tatsachen gestellt.

Gegen diese Absicht der Reichsregierung erhebt der Bundesausschuß des ADW. scharfen Protest und erklärt, daß sich der ADW. mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages einsetzt und nicht einwilligen wird, daß eine solche harte Behandlung der Beamten gegenüber anderen Volksschichten erfolgt. Er fordert, daß auch die Arbeitszeit der Beamten im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes geregelt wird.

2. Beamtenabnahme.

Der Artikel 129 der Reichsverfassung verspricht den Beamten eine Anstellung auf Lebenszeit und die Unverletzlichkeit dieser erworbenen Rechte. Der ADW. kann daher der zwangsweisen Entlassung von Beamten seine Zustimmung nicht geben und lehnt den bekanntgewordenen Regierungsentwurf für ein Gesetz über die Verminderung des Beamtenskörpers ab.

Der ADW. ist davon überzeugt, daß die beabsichtigte Herabsetzung einer Gehaltsstufe des Staatshaushalts nicht durch den willkürlichen Abbau des Beamtenskörpers erreicht werden kann, sondern nur durch die Umgestaltung der bürokratischen Behördenorganisationen und Betriebsverwaltungen in einer nach wirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten Organisation, die die Möglichkeit einer zweckmäßigen Ausnutzung von Material und Kräften gibt.

Der Bundesausschuß des ADW. stellt fest, daß der bekanntgewordene Entwurf des Beamtensabnahmegesetzes diese wichtigsten Grundsätze außer Acht läßt und nicht als ein vollkommenes Instrument zur Beseitigung aller militärischen Beamten aus der Verwaltung. Er stellt sich hinter die vom Bundesvorstand bekanntgegebenen Grundsätze und beauftragt den Vorstand, in diesem Sinne zu wirken.

3. Bekleidung.

Trotz des Wertbeständigkeitskompromisses ist der reale Wert der Beamteneinheiten dieser denn je gesunken. Für den weitaus größten Teil der den unteren und mittleren Bekleidungsgruppen angehörenden Beamten sind dadurch unerträgliche Lebensbedingungen geschaffen. Gegenüber den nach Geldmarkt errechneten Preisen für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bleiben die in Papiermarkt erzielten Gehaltsabzügen besonders für die Angehörigen der unteren Bekleidungsgruppen weit zurück. Große Teile der Beamtenschaft haben vor der Tatsache, daß sie nicht in der Lage sind, den notwendigen Winterbedarf an Kartoffeln und Brennmaterialien zu erwerben. Diesem Zustand muß von den verantwortlichen Instanzen ein schnelles Ende bereitet werden, bevor die Beamtenschaft zur Verzweiflung getrieben wird.

Neben der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels auch für die Gehalts- und Lohnempfänger muß sofort eine den sozialen Notwendigkeiten Rechnung tragende Gehaltsaufwertung Platz greifen. Der Bundesausschuß des ADW. beauftragt daher den Bundesvorstand, allen Ergebnissen künftiger Feuerungsverhandlungen seine Zustimmung ganz zu verweigern, wenn nicht den Beamten der unteren Bekleidungsgruppen eine der Feuerung entsprechende Verbesserung zugesichert wird. Er ist der Auffassung, daß, falls die Mittel des Reiches nicht ausreichen, in erster Linie an den Gehältern der oberen Bekleidungsgruppen gespart werden muß. Er gibt dem Bundesvorstand alle Vollmachten zur Ergründung von Maßnahmen, die zur Erfüllung dieser Forderung dienen können.

Feuerungskrawalle in Berlin.

In Berlin kam es am Dienstag infolge der ungeheuren Feuerung zu größeren Kundgebungen der Arbeiterkolonnen. In den Arbeiter-Vorstädten Lichtenberg, Weißensee, Neukölln sammelten sich in den Vormittagsstunden größere Züge Erwerbsloser, die nach dem Innern der Stadt zogen. Obwohl die Schutzpolizei vielfach eingriff und die Teilnehmer der verbotenen Umzüge zu zerstreuen suchte, gelangte doch eine Menschenmenge von 3-4000 Köpfen vor das Rathaus. Aus ihrer Mitte wurde eine Abordnung entsandt, die dem Oberbürgermeister und Stadtkämmerer die Forderungen der Erwerbslosen unterbreitete. Verlangt wurde eine sofortige Lieferung von zwei Broten, zwei Pfund Fett, fünf Zentner Kohle, Holz usw. Der Oberbürgermeister sagte eine Erhöhung der Erwerbslosenbeihilfe und der öffentlichen Speisungen für Kinder und Mütter sowie Schulspeisungen zu. Außerdem soll das Ernährungsamt Gefrierfleisch und verdorbene Lebensmittel an die Bedürftigen abgeben.

Vor und während der Verhandlungen kam es leider in den verschiedensten Teilen des Zentrums der Stadt zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Schutzpolizei. Beamte, die dabei ins Gedränge kamen, machten von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Der Platz vor dem Rathaus wurde mit aufgeschlagenem Seitengewehr gesäubert. Auch vor der Börse riefen sich zur Hörhörunde Arbeitslose zusammen und nahmen eine drohende Haltung gegen die Börsebesucher ein; teilweise wurde versucht, ihre Automobile in die Spree zu werfen. Auch hier griff Schutzpolizei mit der Waffe ein. Die Treibereien vor der Börse trugen stark antisemitischen Einklang. Bei den verschiedenen Zusammenstößen gab es ungefähr 20 Verletzte durch Schüsse bzw. Seitengewehrschläge. Schwer verletzt wurden jedoch nur zwei Personen. Insgesamt wurden 35 Teilnehmer an den Kundgebungen verhaftet und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Die Folge der Demonstrationen war, daß nahezu sämtliche Geschäfte im Innern der Stadt schlossen. Auf ein solches Gerücht, das in der Zentralmarkthalle umging, räumten auch dort die Verkäufer ihre Stände. Obwohl gegen Abend die Ruhe wieder völlig hergestellt war, blieben die Läden zum Teil geschlossen.

Kommunistenverhaftungen.

SPD. Hannover, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Kommunisten hatten am Sonntag einen Schießwettbewerb.

Kongress für Niedersachsen (Hannover und Braunschweig) nach Hannover einberufen. Die Veranlassung dirigierte jedoch ihre Gefolgschaft nach Hildesheim, wo die Tagung von der Polizei aufgehoben und 72 Teilnehmer, darunter bekannte Kommunistenführer aus Hannover, festgenommen worden. Zahlreiches Material, auch Mobilisierungspläne, wurde beschlagnahmt. Die Polizei verbot auch den Versuch, den in Hildesheim gefangenen Kongress in Alfeld fortzuführen. In Gerzen bei Alfeld, wohin sich die Teilnehmer am Kongresse dann begaben, wurden weitere 30 Verhaftungen vorgenommen; eine größere Zahl von Kongressbesuchern konnte durch die Fenster ins Freie flüchten. Bei Hausdurchsuchungen in Hannover wurden am Sonntag mehrere Kommunisten verhaftet, ebenso in Peine. Das in Hannover erscheinende „Niedersächsische Arbeiterblatt“ wurde auf Befehl des Militärbefehlshabers General v. Loßberg, bis auf weiteres verboten.

Schickswürdige Reichswehr.

SPD. Weimar, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober entstand in Meiningen vor einer Wirtschaft zwischen einigen Einwohnern und Reichswehrsoldaten eine Schlägerei, in deren Folge sich etwa 200 Personen ansammelten. Die unmittelbar an der Kauferei beteiligten Einwohner entfernten sich beim Einschreiten der Polizei unter Mithilfe eines Seitengewehrs; weitere Tatsächlichkeiten kamen jedoch nicht vor. Die Polizei bemühte sich weiter mit Erfolg, die noch im Wortwechsel befindlichen Einwohner und Reichswehrangehörigen zu trennen. Mittlerweile war von einigen Reichswehrsoldaten ein bewaffneter Stoßtrupp der Reichswehr herangezogen worden. Dieser gab auf die Ansammlung mehrere Salven ab. Sieben Verwundete blieben auf dem Platze, von denen zwei inzwischen verstorben sind. Die kommunalen Polizeibeamten, die als die Reichswehr feuerte, sich bemühten, die Versammelten zu zerstreuen, erklärten, von einer Aufforderung zum Auseinandergehen vor dem Schießen nichts gehört zu haben, jedoch sich selbst ihr Leben nur durch die Flucht retten konnten. Die Reichswehr ist von keiner amtlichen Stelle der Meiningener Polizei zum Einschreiten aufgefordert worden; sie hat vollkommen eigenmächtig gehandelt. Alle beteiligten Polizeibeamten lagen weiter aus, daß ein Grund zum Feuern nicht vorlag, auch hat der Führer des Reichswehrkommandos nicht versucht, sich vor seinem Einschreiten mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen, ist die Meiningener Polizei durch Landespolizei verstärkt worden.

Reichsausschuß und Kartoffelversorgung.

Kartoffeln für die Brennereien?

Wenn man die Kundgebungen der deutschen Agrarierführer in der letzten Zeit liest, so kommt man auf den Gedanken, daß diese keine größere Sorge kennen als die, die Städter könnten um Gotteswillen ein paar Lebensmittel erhalten. Es ist ja nun keine Neugier mehr, daß das liebe Vieh gewissen agrarischen Kreisen mehr am Herzen liegt als die Sorge um die Milchlieferung der Großstädte. Aber wenn man in einem Atem den bekannten Vorstoß gegen jeden Versuch der Brotversorgung durch Schaffung einer ausreichenden Getreideperrre unternimmt, wenn Graf Westarp die Lebensmittelfürsorge der Agrarier in einer Weise verteidigt, die einer Aufmunterung dazu gleichkommt, so ist das ein skandalöser Zustand. Neuerdings haben es die Agrarier darauf abgesehen, die vom Ernährungsministerium getroffenen Maßnahmen gegen die Verarbeitung von Kartoffeln zu Fall zu bringen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat nämlich in einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium gegen dieses Verbot Protest erhoben und seine Aufhebung gefordert. Obwohl bis jetzt vor einem Ertrieren der Kartoffeln auf dem Transport vor, um die Kartoffeln zur Spiritusbrennerei und zur Trocknung freizubekommen. Daß die beste Vorkehrung gegen ein Verderben der Kartoffeln eine rasche Belieferung der Großstädte mit ausreichenden Mengen ist, scheint dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft nicht in den Sinn gekommen zu sein.

Wir würden uns das scharfste dagegen Einspruch erheben, wenn das Reichsernährungsministerium durch eine Begünstigung der Kartoffelverarbeitung den Kartoffelwucher noch erleichtern würde. Wir hatten bereits früher Anlaß, darauf hinzuweisen, daß von den an der Spiritusbrennerei interessierten Kreisen ein regelrechter Feldzug zur Freigabe von Kartoffeln für den Brennereibetrieb beabsichtigt war, die sich das deutsche Volk nach dem schlechten Ausfall der Kartoffelernte nicht leisten kann. Sollte wirklich später die Gefahr eines Verderbens eintreten, so ist es noch immer Zeit, Abhilfemaßnahmen zu treffen. Vor erst sollte sich wieder das Reichsernährungsministerium darüber den Kopf zerbrechen, ob nicht manche landwirtschaftliche Kreise die Gefahr des Verderbens der Feldfrüchte mitwillig in Kauf nehmen, um ja nicht mit den Preisen heruntergehen zu müssen und sollte aus den Fahrnehmungen, die es bei dieser Gelegenheit machen kann, die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Gesslers Kampf gegen Sachsen.

Dresden, 16. Oktober.

Der Wehrkreiskommando IV teilt mit: „Der erste Kongress der sächsischen proletarischen Wehrorganisationen hat trotz des Verbots des militärischen Befehlshabers stattgefunden. Er hat überdies in Dresden und vielen anderen Orten Sachsens ein aufreizendes Plakat anbringen und verbreiten lassen. Aus ihm wie auch aus der im Anhang an die Rede des Ministers Köstner am 13. Oktober in Leipzig im Zoologischen Garten angenommenen Resolution der SPD. geht hervor, daß die Verordnung vom 13. Oktober über das Verbot der Hundertkämpfer, Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stößt, der unter Umständen nur unter Einsetzung von Truppen gebrochen werden kann.“

Zunächst beabsichtigt der Militärbefehlshaber jedoch, in erster Linie die Landespolizei hierzu zu verwenden. Um die Zusammenarbeit mit ihr zu gewährleisten, hat der Befehlshaber alle kommunalen und kommunalen Polizeiorgane, insbesondere die Landespolizei und die Landgendarmarie, traf er ihm zum Schutz der Republik von Herrn Reichspräsidenten übertragenen vollständigen Gewalt seinem unmittelbaren Befehl unterstellt. Er hat dabei besonders darauf verwiesen, daß gegen sich widersprechende Polizeibeamte die Amtsenthebung verhängt werden kann.

Es ist bekanntlich, daß alle Polizeiorgane wie bisher ihre Obliegenheiten im täglichen Dienst weiter erfüllen. Eine Änderung hierin, die sich durch Zusammenziehung zur Lösung besonderer Aufgaben und dergleichen notwendig machen sollte, tritt nur auf besonderen Befehl ein.“

Die vorstehende Verordnung ist als eine neue Maßnahme des

Wehrkreiskommandos IV gegen die sächsische Regierung zu betrachten. Statt gemeinsam mit der sächsischen Regierung die notwendigen Maßnahmen zu beraten, macht sich die Befehlsgewalt des Generals Müller mehr und mehr zu einer Ausschaltung der sächsischen Landesregierung und einer systematischen Untergrabung der Autorität des Kabinetts Zeigner aus. Dieser Zustand ist auf die Dauer für das sächsische Kabinett wie für die Parliamentsmehrheit in Sachsen unerträglich. Wir erwarten von unseren Vertretern in der Reichsregierung, daß sie durch ihren Einfluß der in Sachsen entstehenden Konfliktsgefahr mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes begegnen, ehe sich die Anordnungen des Generals Müller in einem Maße auswirken, das für die Reichsregierung unangenehm sein könnte.

Die neue thüringische Regierung.

SPD. Weimar, 16. Oktober.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten führten auch über die Besetzung des Ministeriums am Dienstagvormittag zu folgender Vereinbarung: Das Wirtschaftsministerium erhält der Kommunist Lemmer. Das Ministerium des Innern behält der Genosse Hermann, ebenso bleibt das Finanzministerium unter Aufsicht des Genossen Hartmann. Auch das Volksbildungsministerium wird weiterhin von der Sozialdemokratie durch den Genossen Greil verwaltet. Dagegen erhalten die Kommunisten das Justizministerium für dessen Befehlsmacht sie ihren Parteifreund Dr. Kossch vorgeschlagen haben. Der Vorsitz des Ministeriums soll zu einem Ministerium des Neuen erweitert und weiterhin von dem bisherigen thüringischen Ministerpräsidenten Genossen Frölich geführt werden.

Von den drei Staatsräten, die als Vertreter früherer Gebietsparteien dem Kabinett angehören, soll einer durch einen Kommunisten ersetzt werden.

Der thüringische Landtag trat am Dienstag nachmittags zur Wahl des Ministeriums zusammen. Infolge neuer Schwierigkeiten, die die Kommunisten in bezug auf das Regierungsprogramm machten, mußten die Verhandlungen sofort verlagert werden, um Klarheit über die kommunalistischen Forderungen zu schaffen. Der Landtag trat deshalb erst gegen 8 Uhr zur Wahl des Ministeriums zusammen und wählte gegen die bürgerlichen Stimmen das Kabinett entsprechend den Vereinbarungen zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei.

Der bayrisch-thüringische „Grenzüberfall“.

SPD. München, 16. Oktober.

Der Versuch von antikirchlicher bayrischer Seite, die bekannten Vorgänge an der bayrisch-thüringischen Grenze als lächerliche Geiselnerei der roten Thüringer abtun zu wollen, ist gescheitert. Durch eine Veröffentlichung des Thüringer Presseamtes wurde man auch in Bayern gezwungen, sich zu einer einigermaßen sachlichen Aufklärung zu bequemen, und auf Grund dieser beiden Darstellungen scheint sich der Vorgang am Saaleufer bei Hirschberg in folgender Weise abgespielt zu haben:

Am 9. Oktober schritt die Thüringer Polizei gegen 15 Angehörige der verbotenen Organisationen der Nationalsozialisten ein, die in einer Lederfabrik in Hirschberg in Arbeit standen und rege politische Beziehungen zu ihren Freunden auf bayrischem Boden unterhielten. Da die Hirschberger Arbeiterschaft daraufhin einen nachdrücklichen Besuch bayrischer Nationalsozialisten befristete, stellte sie Wachen aus, von denen ein Posten aus Versehen seinen Platz auf bayrischem Boden nahm. Das wurde sofort dem Bezirksamtmann in Hof gemeldet mit der Bitte, um Einsetzung von Landespolizei zur Zurückweisung des „Grenzüberfalls der roten Hundertkämpfer“. Der Bezirksamtmann ordnete zunächst eine Freijung des Sachverhaltes an und verhinderte auch die Abfahrt der zu Hilfe gerufenen nationalsozialistischen Sturmtruppe. Es stellte sich dabei auch heraus, daß sich tatsächlich auf bayrischem Boden ein thüringischer Vorposten befand. Am Morgen des 10. Oktober zogen aber die nationalsozialistischen Truppe an die Grenze und da im Laufe des Tages weitere „Hilferufe der Bevölkerung“ an das Bezirksamt kamen, fuhr abends ein Lastkraftwagen mit 40 Mann bayrischer Landespolizei und Maschinengewehren an die „bedrohte“ Grenze, wo sie mit den Nationalsozialisten zusammentrafen. Mittels Leuchtsignalen wurde festgestellt, daß das gegenüberliegende thüringische Saaleufer von etwa 30 Mann besetzt war. Die bayrische Landespolizei zog unter Zurücklassung einer 12 Mann starken Wache wieder ab, während die Nationalsozialisten erst am Vormittag des nächsten Tages ihre Stellung räumten. Am selben Morgen kam dann ein thüringischer Schupo-Beamter zum bayrischen Wachkommando und erklärte, daß die thüringischen Posten zurückgezogen würden; auch die bayrische Polizei möge abrücken. Tatsächlich rückten die Thüringer bald darauf ab und am folgenden Tage endlich auch die Bayern. Auf Grund dieses Sachverhaltes ist nun auch begreiflich, daß die zur selben Zeit und in derselben Gegend operierende bayrische Wasserregulierungskommission von den Thüringern mit einigem Mißtrauen beobachtet und behandelt wurde.

Hitlers Gesandter.

SPD. München, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus Rom, wonach Hitler einen politischen Spezialgesandten namens Lüdicke zu der faschistischen Parteileitung Italiens geschickt habe, scheint den Tatsachen zu entsprechen. Jedenfalls hält sich Lüdicke seit einiger Zeit in Italien auf, nachdem er zuvor innerhalb der Münchener Nationalsozialisten eine besondere, teilweise etwas recht dunkle Rolle als Geldgeber und Sturmtruppenführer gespielt hat. In einem vor längerer Zeit stattgefundenen Beleidigungsprozeß erklärte das als Zeuge vernommene Hitlerische Vorstandsmitglied, der beschäftigte ehemalige Räterepublikaner Christian Weber, daß der seinerzeit der Partei von Lüdicke übermittelte Geldbetrag in französischen Franken keine Freunde außerordentlich mißtrauisch gemacht habe. Nach seiner jetzigen Mission zu schließen, scheint dieses Mißtrauen nun allerdings völlig geschwunden zu sein.

Ein gutes Beispiel.

Aus den Vereinigten Staaten kommt die Meldung, daß Americas größter Automobilfabrikant und einer der größten Industriellen in der neuen Welt überhaupt, Henry Ford, sich entschlossen hat, dem Staate alle Gewinne, die er während des Krieges durch Munitionslieferungen gemacht hat, und die eine Höhe von 20 bis 30 Millionen Dollar erreichen, wieder zurückzugeben. Um in keinen falschen Geruch zu kommen, läßt er gleichzeitig erklären, daß er eine Kandidatur für die nächste Präsidentenwahl ablehne. Ford ist der Typus des modernen kapitalistischen Industriekritters, allerdings bedeutend großzügiger als Stinnes bei uns. Wie wäre es, wenn unsere Schwerindustriellen sich ein Beispiel nähmen an ihrem amerikanischen Vorbild, zumal die Finanzen des deutschen Reiches eine solche Kräftigung weit eher gebrauchen könnten als die der Vereinigten Staaten, die finanziell den Krieg kaum gespürt haben.

Die Lage in Polen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Am 9. Oktober ist der polnische Sejm in Warschau wieder zusammengetreten. Die Oppositionsparteien der Linken hatten seine Einberufung schon bereits vor längerer Zeit gefordert und diese Forderung mit der kritischen Wirtschaftslage des Landes begründet. In der Tat stehen, wie das auch in der Programmrede des Ministerpräsidenten Witos zum Ausdruck kam, wirtschaftliche Sorgen zurzeit in Polen im Vordergrund des Interesses. Nebenher geht aber seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates toben Kampf zwischen der Rechten und der Linken um die Macht im Staate, und diese Situation wird nicht zögerlich dadurch, daß Polen seit dem Frühjahr, das heißt, seit dem Beginn des jetzigen nationaldemokratischen Regiments, an eine Kette von außenpolitischen Mißerfolgen zurückblickt.

Vom Außenpolitischen soll hier nur nebenbei die Rede sein. Es ist bekannt, daß der Außenminister Seyda seine Tätigkeit damit begann, die baltischen Staaten vor den Kopf zu stoßen, der ständige Internationale Schiedsgerichtshof im Haag in zwei deutsch-polnischen Streitfragen betreffenden Angelegenheiten gegen Polen entschieden hat, der polnische Kandidat bei den Wahlen zum Völkerbundrat glänzend durchgefallen ist und daß schließlich auch Ausland gegenüber Polen in dem Notenwechsel wegen der Anerkennung der russischen Verfassung schlecht abgekommen hat. Die von den polnischen Nationaldemokraten heiß ersehnte Annäherung an die Tschechoslowakei hat nicht die geringsten Fortschritte gemacht und als einziges Plus kann das jetzige polnische Kabinett die Annäherung an Oesterreich buchen, dessen politische Bedeutung aber nicht groß ist. In Polen selbst ist der Eindruck aller dieser Mißerfolge so stark gewesen, daß Gerüchte von dem Rücktritt des Außenministers Seyda aufgetaucht sind.

Diese außenpolitische Lage bildet jedoch, wie gesagt, nur den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe in Polen. Im Vordergrund stehen die wirtschaftlichen Sorgen. Der Dollar ist in Polen seit dem Frühjahr von 40 000 bis auf über 1 000 000 gestiegen, und wenn auch die polnische Mark in ihrem Sturz hinter der deutschen Mark weit zurückgeblieben ist, sind doch die Folgeerscheinungen grundsätzlich dieselben: Sprunghaft wachsende Teuerung, Unsicherheit des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs und allgemeine Unzufriedenheit. Diese Unzufriedenheit hat sich besonders der Lohn- und Gehaltsempfänger bemächtigt, nicht zuletzt der Beamtenschaft. Der Generalkrieg in polnisch Oberschlesien ist das bekannteste Symptom dieser Unzufriedenheit. Die Regelung der Staatsfinanzen ist ebensowenig gelungen wie die Stabilisierung der Währung, und englisch-amerikanische Anleiheprojekte zu diesem Zweck sind über die Verhandlungen noch nicht hinausgediehen, drohen aber mit sehr starken wirtschaftlichen Bindungen für Polen. Diese ganze wirtschaftliche Zerrüttung ist eigentlich um so erklärlicher, als die Voraussetzungen einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Polen durchaus gegeben sind, ja sogar die Handelsbilanz seit etwa drei Viertel Jahren aktiv ist. Also können die Ursachen der jetzigen üblen Lage nur liegen in dem Fehlen einer fähigen Leitung im Innern und dem Mangel an Vertrauen des Auslandes.

In innerpolitischer Beziehung hofft die Opposition, die regierende Koalition der Rechten und der Witospartei in der kommenden Sejmession zu stürzen. Diese Hoffnung ist nicht unbegründet, wenn auch der Sturz des Kabinetts noch nicht unmittelbar bevorzustehen scheint. Jedenfalls wirkt der von beiden Seiten mit aller Schärfe geführte Kampf auf die gesamte innere Lage in Polen sehr ungünstig ein. Es ist bezeichnend, daß man sich von rechts und links gegenseitig die Absicht eines Staatsstreichs vorwirft.

Das Ziel der Deutschnationalen.

In der „Kreuzzeitung“ gibt Graf Westarp zu, daß in der deutschnationalen Reichstagsfraktion tatsächliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Er stellt die Sache folgendermaßen dar:
Es ist unwahr, zu behaupten, daß irgend jemand in der

deutschnationalen Fraktion nicht von dem festen Entschlusse beherrscht sei, mit allen zum Ziele führenden Mitteln die jetzige Regierungskoalition zu sprengen und alle Verantwortungen zu übernehmen, die sich ergeben, wenn die Sozialdemokraten aus der Regierung verdrängt und die Deutschnationalen mit ausreichenden Sicherungen ihres Einflusses an der Regierungsgewalt beteiligt werden. Ueber die Möglichkeit und die Pflicht, im gegebenen Fall die in der Opposition vertretenen Grundsätze als Regierung zur Durchführung zu bringen, und über die Notwendigkeit, alles zu tun, um zu diesem Ziele zu gelangen, besteht keine Meinungsverschiedenheit, da gibt es kein Schwanken. Ueber die taktische Zweckmäßigkeit einzelner Schritte bestehen, damit verrät man kein Geheimnis, stets und in allen Fraktionen Verschiedenheiten der Ansichten. Bei den Abstimmungen über das Ermächtigungsgesetz lagen die Dinge so, daß die Koalitionsparteien zusammen über 346 Stimmen verfügten, während zur Anwesenheit von zwei Dritteln nur 306 Abgeordnete notwendig sind. Es konnte daher wohl zweifelhaft erscheinen, ob es zum Ziele führen werde, durch eine immerhin mißliebige Machende Entzerrung aus dem Saal an einem Tage, wo dies gerade möglich war, die Anwesenheitsziffer unter das nach der Verfassung notwendige Maß herabzudrücken. Tatsächlich ist der Erfolg, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, ja auch nicht erzielt worden, weil die Koalitionsparteien, als sie die Gefahr erkannten, die Sitzung vertagten und für den Sonnabend eine ausreichende Anwesenheitsziffer herbeiführten.

Damit wird zugegeben, daß sich die Deutschnationalen durch ihr Manöver vom Donnerstag nur „mißliebige machten“, ohne ihr Ziel zu erreichen. Das Ziel ist, die Sozialdemokraten aus der Regierung hinauszudrängen und einen regierenden Bürgerblock unter deutschnationaler Führung zu schaffen. Wenn die Deutschnationalen durch ihre Politik die Kluft zwischen sich und den bürgerlichen Parteien vergrößern, entfernen sie sich von diesem Ziel, statt sich ihm zu nähern. Man begreift also, warum Herr Helfferich am Donnerstag wutentbrannt über die Dummheit seiner Parteigenossen davonlief.

Auf der anderen Seite preist es Westarp als einen Erfolg des deutschnationalen Manövers, daß die Koalitionsparteien Farbe bekennen mußten und daß insbesondere die Sozialdemokratie gezwungen war, durch strengen Fraktionszwang auch die Minderheit zum Sukkurs heranzuziehen. Dieser Erfolg ist tatsächlich erreicht worden. Wenn aber die Deutschnationalen hoffen sollten, auf diese Weise einen Keil in die Sozialdemokratie hineingetrieben zu haben, so werden sie sich täuschen. Sie wollen die Sozialdemokraten durcheinander bringen, um aus neue ihre Herrschaft zu befestigen, die schon so entsetzliches Unheil über Deutschland gebracht hat. Die Offenheit, mit der sie das zu erkennen geben, zeigt den Sozialdemokraten deutlich, wie man es nicht machen darf, wenn man nicht den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse zu Gefallen handeln will.

Muffiger Patriotismus.

Aus Thüringen wird berichtet: Eine Anzeige wegen Zurückhaltung wichtiger menschlicher Lebensmittel, die zum Teil durch die Zurückhaltung für den menschlichen Genuß unbrauchbar geworden sind, wurde gegen den Rittergutsbesitzer Krug auf Rittergut Lohma bei Köthenitz (Kreis Gera) erlassen. Auf einem Boden wurden allein rund 30 Zentner Weizen festgefressen, die durch unangemessene Lagerung verfault, vermodert und teilweise durch Mäusen zerfressen, also für den menschlichen Genuß gänzlich ungeeignet geworden waren. Weitere zurückgehaltene 220 Zentner Weizen waren ebenfalls schon muffig geworden. Um für den menschlichen Genuß eventl. noch gerettet zu werden, bedarf diese letztere größere Menge einer starken Reinigung. Diese 220 Zentner Weizen wurden polizeilich beschlagnahmt und zur Vermahlung in eine Mühle nach Liebigswitz gebracht. Eine Untersuchung des Falles ist im Gange.

Auf dem Speicher das insamerweise zurückgehaltene Getreide — im Maul die nationalpolitische Phrase — so stellen sich heute deutsche Agrarier der Welt vor.

Vermischte Nachrichten.

Massendiebstahl bei der Post. Gegen eine 40köpfige Posträuberbande begann vor der Strafkammer in Berlin eine auf mehrere Tage berechnete Verhandlung. Beim Postamt Wilhelmsdorf fanden in den letzten Jahren fortgesetzt große Diebstähle statt, an denen sich ein großer Teil von unteren Beamten beteiligte. Es wurden sehr wertvolle Sachen in großen Mengen geraubt, das darunter von der Diebesgesellschaft ein schwunghafter Handel getrieben wurde. Außer Lebensmitteln aller Art befinden sich unter der Beute Kleiderstoffe, Schuhwaren, Pelze, Wäsche, silberne Möbel, Uhren u. a. m. An der Spitze der Diebesbande stand der Betriebsrat Kirken, der die gestohlenen Sachen zum Teil durch seine Frau, teils aber auch durch seine Geliebte, die Postausseherin Ottilie Bertram, die auch dem Betriebsrat angehörte, verschleuderte. Eine führende Rolle spielten ferner der Postkassierer Behrendt und die Postausseherin Marozky und Weile. Der Hauptabnehmer der Beute war der Händler August Handrid. Der Angeklagte Kirken hat es verstanden, sich das Vertrauen des Vorstehers des Postamtes zu erwerben und zwar zum Gruppenführer einer Paketfortierkolonne ernannt worden. Die Sortierung der Pakete fand in einem besonderen Räume im Keller statt und Kirken hatte die Aufgabe der Ueberwachung. Neben den Postbeamten, zum größten Teil Postkassierer, Ausseher und Ausseherinnen, sind auch zum großen Teil die Frauen der männlichen Angeklagten mitangeklagt.

Kartoffelmacher. Auf Grund von Anzeigen begab sich das Postamt Martigert zusammen mit der Leitung der Bezirkspreisprüfungsstelle an einen Ort des Kreises Ostpreußen und verurteilte den dortigen Domänenpächter wegen Preistreiberi zu sechs Wochen Gefängnis und Einziehung von 100 Zentnern Kartoffeln. Der Domänenpächter hatte 250 Goldmark für den Zentner Kartoffeln gefordert und damit den Preis der amtlichen Kartoffelnotierungskommission um das Dreifache übersteigert. Es wurde ferner festgestellt, daß ein Verkauf gegen Annahme von Dollarscheinen durch die Frau des Domänenpächters getätigt wurde. Diese Scheine wurden durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Frau des Domänenpächters zu 200 Milliarden Geldstrafe verurteilt. Die Forderung des Domänenpächters von 250 Goldmark ist um so verderblicher, als selbst der Landbund seinen Mitgliedern nur 1,50 Goldmark als Richtpreis empfohlen hatte.

Flugdienst Sevilla-Buenos-Aires. Das seit zwei Jahren schwelende Projekt des transatlantischen Luftverkehrs Sevilla-Buenos Aires soll verwirklicht werden. Mit der Aufnahme des Verkehrs ist im April oder Mai des kommenden Jahres zu rechnen. Das letzte Projekt des Grafen Zeppelin, das nach dem Kriege von der Luftschiffbau-Gesellschaft in Friedrichshafen wieder aufgenommen wurde, drohte anfangs an dem Widerstand Frankreichs zu scheitern, das unter allen Umständen die Verwirklichung der großen Welt am Bodenice verlangte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Luftverkehr mit vier großen Passagiereschiffen eröffnet werden, die je 30 Passagiere mit Gepäck zu befördern vermögen. Die Fahrtdauer beträgt rund 30 Stunden. Die Gesellschaft will zwischen den Hauptstädten Europas und Sevilla einen Flugdienst einrichten, der die Passagiere in kurzer Zeit nach dem spanischen Abflughafen bringt, wo noch in diesem Winter mächtige Hallen errichtet werden. Es dürfte weiter für eine Luftschiffverbindung zwischen dem amerikanischen Süden und den Nordstaaten gesorgt werden.

Das Explosionsunglück in Warschau. Nach ergänzenden Berichten über die Explosionskatastrophe soll die Zahl der Toten nach dem Ableben einer Anzahl Schwerverwundeter auf 150 Personen gestiegen sein. Die Gesamtzahl der Schwerver- und Leichtverletzten wird nunmehr mit 1600 angegeben. Unter diesen sind nicht nur Bewohner der Zitadelle, sondern auch der in der Nähe befindlichen Beamtenkolonie. In dem Pulvermagazin, das in die Luft geflogen ist, lagerten ungefähr sieben Tausend Pulver für schwere Geschütze. Der durch die Explosion verursachte Aufdruck war so stark, daß eine zur Zeit der Explosion in der Nähe der Zitadelle marschierende Militärabteilung in die Weichsel geworfen wurde, wobei viele Soldaten in den Wellen des Tod fanden. Die Katastrophe ist zunächst auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen worden. Nach Erklärungen des Staatsanwalts kann jedoch angenommen werden, daß es sich um Unvorsichtigkeit der mit der Einlagerung des Pulvers beschäftigten Arbeiter handelt.

Verantwortlich: Kü- Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Jesuiten Hermann Bauer; für Inskate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapic.

16. Fortsetzung.

Er schrie wütend:
„Sie wissen jetzt, was der Diebstahl ist! Und nun die diebischen Dienstmädchen. Sie sehen, was mit diesen Elenden geschehen muß! ... Sprechen Sie mir niemals von reinigen Diebinnen! ... Alle, die etwas auf dem Gewissen haben — Sie verstehen? — etwas auf dem Gewissen, — auf Lebenszeit müßte man sie einsperren!“
Suletta war mit einem Satz aufgesprungen; dann wich sie rückwärts bis zur Tür und ergriff die Gelegenheit zur Flucht.
Der Alte bewegte wütend seine Krallen:
„Sie haben keine Ahnung, aus welchem Grunde ich eine Haushälterin von Frau Coqueho verlangt habe! Ha! Ha! Sie ahnt es selbst nicht! ... Ich will ein verlässliches Mädchen, welches sich mit mir gegen die Verbrecherinnen verbündet ... Sie wird hier die Dienstmädchen meiner Freunde empfangen, sie wird alle Dienstmädchen des Quartiers hierherziehen — angeblich während meiner Abwesenheit — sie wird sie dazu bringen, ihre Scherereien ganz laut zu erzählen, — ich werde in dieser Truhe verborgen sein ...“
Wie der Alte sich nach dem Möbel umwandte, rief Suletta die Tür auf und entwich. Sie raunte fünf Minuten ohne anzuhören. Dreihundert Meter vom Hause entfernt glaubte sie noch die schneidende Stimme des Alten zu hören: „Ha! Ha! Die diebischen Dienstmädchen! ... Sprechen Sie mir niemals von reinigen Diebinnen! ...“

XII.

Der Gang Sulettes zum Klienten der Frau Coqueho war hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß keine Gefährtin an diesem Nachmittage frei hatte. Denn Suletta konnte beim Ausgehen eine Begleiterin nicht entbehren.
Anfangs, als sie niemand in Paris kannte, war sie gezwungen gewesen, ganz allein im Jardin des Plantes oder „wo es Platzmangel gab“, in den Squares oder vor den großen Modemagazinen herumzutreiben. Aber dieser einsame Zeitvertreib erschien ihr jetzt endlich traurig.
Glücklicherweise hatte sie, wenn es bei ihrer Herrschaft Gäste gab, gewöhnlich Sonntags — nach dem Frühstück und Aufwaschen des Geschirrs — bis zur Stunde, wo sie das Diner servieren mußte, frei. Dann besuchte man entweder im Point du Jour oder auf dem Montmartre das Cafe-Konzert oder trieb sich wohl bei Vergnügungen in Menilmontant, Reuilly oder im Invalidenhaus umher.
Als Suletta nach ihrem Püßgeschäf heimkehrte, stellte sie mehrere Bemerkungen an:

„Ehe ich in Zukunft, wenn ich niemand habe, der mich begleitet, eine Adresse der Frau Coqueho aufsuche, werde ich es wie Armandine machen und in meiner Kammer bleiben.“
Sie setzte sich auf eine Bank in der Rue de la Chapelle des Champs-Elysees und gab sich lange Zeit ihren Erinnerungen hin, um der sie verfolgenden Vision des unheimlichen Alten zu entkommen.
Armandine, Dienstmädchen bei in der Rue de Rivoli wohnhaften Geschäftslenden, war ein wenig bemerktes Inventaftück, dabei hatte die letzte Etage nur vier Kammern. Als Inhaberin einer derselben sprach Armandine weder mit ihren Nachbarn, noch mit irgendjemand.
Suletta kannte sie, weil sie mit andern Dienstmädchen sich an dem Vergnügen beteiligte hatte, sie in ihrer Kammer durch das Schlüsselloch zu beobachten.
In der Tat ein seltsames Geschöpf!
Sie war aus der Umgegend von Orleans etwa in ihrem zwanzigsten Jahre hierher verfrachtet worden, mit dem Rat ihrer Eltern, Freunde, ihrer Herrschaft versehen, nicht mit andern Dienstmädchen, ihren Gefährtinnen, die alle verdorbene Geschöpfe, Diebinnen und Dienen waren, zu verkehren.
Sie hatte ihnen geglaubt und gehorcht. Nach fünfzehnjährigem Aufenthalt in Paris kannte sie keine andre Beziehung, als die zu ihrer Herrschaft.
Am bei der Wahrheit zu bleiben, wenig Verlockungen hatten sie heimgeführt. Sie besaß einen häßlichen, dunkelbraunen Teint, unschönes, spitzes Gesicht, erloschenes Bild, vor allem war sie niemals „jung“ gewesen; mit zwanzig Jahren hatte sie schon ihr Gesicht von fünfundsiebzig.
So verschmolz sie, naiv, wie es ihre Gebieter zum eigenen Vorteil wünschten, von Anfang an deren Egoismus mit dem eigenen, assimilierte sich ihnen, machte deren Leben bis zu jenem Grade zu dem ihren, daß sie nichts sah, nichts kannte, als die Befriedigung jener.
Sie war in ihrer Sprechweise indiscret geworden, wie es die Kinder sind, mehr lächerlich als lästig; denn ihr Begriffsvermögen überstieg nicht die Dinar der Wirklichkeit und die naive Interpretation der Gesichter. Sie sagte: „Unser Büfett muß repariert werden. Wir sind mit dem Geschäftsgang zufrieden.“
Eines Tages indessen hatten die Gebieter, da sie jetzt sicher waren, ihren Vorteil nicht mehr aufs Spiel zu setzen, sie auf ihren Platz zurückverwiesen, ihr die Getrentheit der Interessen verständlich gemacht.
Sie begriff in der Tat, daß das Interesse der Herrschaft nicht das ihre war, man müßte es respektieren, es ging einem sonst nichts an, man würde ihm nur dienlich zu sein. Aber als diese Loslösung vollzogen wurde, wurde sie nicht egoistischer, ihre Selbstsucht nicht größer, ihr ganzes „Ich“ war dahingegangen. Wenn sie ihre Züge nicht mehr freudig denen der Gebieter nachbildete, eigene konnte sie nicht mehr annehmen. Wenn ihre Herren mit ihrer geistigen Führung sie nicht unterstützten, sie nicht geleiteten, dann war sie verloren, ohne Kompag.

Ferner trat unter anderen Merkmalen der Annullierung und Verfortheit dieses auf; daß sie Sonntags, an ihrem freien Nachmittage, nicht mehr ausgehen konnte. Das Wenige von ihrem Selbst, was im Hause noch fortbestand, verschwand auf der Straße, sie wurde ein Nichts.
Die Herrschaft selbst hatte gut raten, befehlen, sie solle spazieren gehen, sie konnte nicht.
Ausgehen? Wen sollte sie besuchen, was wünschen? Sie verstand sich auf nichts. Sie war in jenem Maße ihrer Persönlichkeit verlustig gegangen, daß sie mit nichts draußen Fühlung hatte, nichts für sie existierte. Dann und wann machte sie einen Versuch, ihre letzte Etage zu verlassen; nach einer Viertelstunde des Umherirrens schon kam sie schnell wieder. Nicht nur, daß sie kein Ziel wußte, sie litt auch grausam darunter, Menschen miteinander zu sehen, Menschen, die wußten, wohin sie gingen und was sie wollten. Und auch eine ickelame Durch überfiel sie: das Gefühl der vollständigen Leere, die Empfindung, ihr eigenes Selbst ganz und gar einzubüßen; wenn sie nicht plötzlich, unmittelbar umkehrte, dann würde sie sogar den Willen zur Heimkehr verlieren.
Kurz, dieses Drama war hoffnungslos.
Wie Suletta sie betrachtete, so padte Armandine seit vierzehn Jahren, jeden Sonntag nachmittags, nachdem sie sich in der Kammer eingeschlossen hatte, ihren Koffer aus und ein. Seit vierzehn Jahren!
Der Koffer enthielt Wäsche, die gewöhnlichsten, unerlässlichen Kleidungsstücke eines Dienstmädchens und allerlei Tand, läppischen Kram, wie ihn Kinder auflesen und bewahren; Heiligenbilder, spizenartiges Papier, ein Notizbüchlein, ein Stückchen Bleistift, Farbensäften, Taschenspiegel, Puppenkleider.
Da, in diesem Koffer war der Schatten, die Illusion, die Erinnerung ihrer Persönlichkeit. Armandine hatte ein unklares Gefühl, als fände sie sich wieder, als käme sie vor diesen ihr vertrauten Gegenstände wieder zu sich. Und der scheinbare Arbeitstriebe, ihre Illusion konnten nur in Beziehung zu dem Inhalt des Koffers stehen.
Sie begann damit, daß sie alles aufs Bett warf, und bis zur Zeit, da sie hinuntergehen mußte, um das Diner zu servieren, legte sie jedes Taschentuch, jedes Nichts, mit Unterbrechungen — mit Verhaschen, nachzudenken — wieder zurück, veränderte die Zusammenstellungen, wie wenn nicht alles behalten werden sollte, als ob sie neue, noch nicht gekaufte Dinge hinzufügen müßte.
Und da spielte, nur ganz leise noch, ein geheimer Gedanke herein: sie padte ihren Koffer für die Abreise, vielleicht wechselte sie — man konnte das nicht wissen — eines Tages mit der Herrschaft ... oder ihre Zeit war um, sie war nicht mehr Dienstmädchen ... sie richtete den Koffer zur Reise her, weil das manche Leute tun, die Grund haben, nicht nur aus ihrem Hause, von ihrer Straße, sondern auch aus ihrer Stadt wegzugehen!
(Fortsetzung folgt.)

Sonder-Verkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen in allen Abteilungen.

Wir heben besonders hervor:

Kleiderstoffe / Seidenstoffe / Leinen- und Baumwollwaren / Damen-Wäsche / Damen-Hüte / Damen-Bekleidung
 Herren-Bekleidung / Kinder-Bekleidung / Pelzwaren / Trikotagen / Wollwaren / Strumpfwaren / Handschuhe
 Schuhwaren / Herren-Artikel / Parfümerien / Lederwaren / Gardinen Teppiche / Möbelstoffe usw.

Unsere Preise bewegen sich unter dem heutigen Dollarstand

Total-Ausverkauf der Abteilungen Haushaltwaren, Galanterie-
 waren, Schmuckwaren wegen vollständiger Auflösung
 dieser Abteilungen

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H

Amstlicher Teil

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts
 am Donnerstag, dem 18. Oktober 1923, nach-
 mittags 4 Uhr, (7607)
 im Verwaltungsgebäude, Fleischstr. 20, Zimmer 25.

**Zahlungen an Kassen der Reichs-
 finanzverwaltung.**
 Auf Anordnung des Reichsministers der Finanzen werden von den Kassen der Reichsfinanzverwaltung bis auf weiteres Bankchecks, gleichgültig, welcher Art, nicht mehr angenommen.
 Bei Einreichung von Abgaben mit Postanweisung oder Zahlkarte wird als Zahlungstrag der Tag angesehen, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist. Bei Überweisungen auf das Postcheckkonto und bei Postchecks ist für den Tag der Zahlung der Tagesstempelabdruck des Postcheckamtes maßgebend.
 Bei Banküberweisungen wird als Zahlungstrag der Tag angesehen, an dem der Betrag dem Konto der Finanzkasse gutgeschrieben ist.
 Lübeck, den 15. Oktober 1923. (7614)
 Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck,
 Abteilung Ia für Befug- und Verkehrsreuen.

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden die Preise für Gas, Strom und Wasser 3 mal in jeder Woche festgesetzt.
 Demgemäß betragen die vom 18. bis 20. Oktober d. J. für den rückliegenden Verbrauch zur Berechnung kommenden Preise:
 I. 1 cbm Gas Mk. 150 000 000
 II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 100 000 000
 1 Krotastrom 200 000 000
 III. 1 cbm Wasser
 A. in Lübeck:
 1. für Haushaltungszwecke Mk. 110 000 000
 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Mehrverbrauch Mk. 220 000 000
 B. in Travemünde 110 000 000
 IV. Für Wasser nach herkömmlichen Rechen monatlich:
 1. Häuser mit Leitungen Mk. 145 000 000
 2. Häuser ohne Leitungen 55 000 000
 Die Gebühr beträgt 3 Tage.
 Bei Ueberrechnung der Zahlungstritt von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mk. für jede angefangene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 350 000 000 Mk. zu zahlen.
 Guthabe zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 15. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche vormittags in allen Bezirksstellen zu haben.
 (7621) Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrtpreise ab 18. Oktober 1923:
 a) Einzelfahrt:
 bis zu 3 Zonen M. 100 Millionen
 für 3 und 4 Zonen 150
 für 5 und mehr Zonen 200
 b) Monatsfahrkarte:
 bis zu 3 Zonen M. 4500 Millionen
 für 3 und 4 Zonen 5700
 für 5 und mehr Zonen 6900
 Die für diesen Monat infolge der Tarif-
 erhöhungen erscheidende Nachzahlung für Monats-
 fahrten beträgt:

bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt M. 1700 Millionen
 4mal. Fahrt 3200
 für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt 2500
 4mal. Fahrt 4800
 für 5 u. mehr Zon. 2mal. Fahrt 3800
 4mal. Fahrt 6400
 Die Nachzahlung hat bis 20. Oktober an un-
 serer Hauptkasse Mengstr. 26, Zimmer 3, zu er-
 folgen. Karten, für welche eine Nachzahlung
 nicht geleistet ist, haben ab 22. Oktober 1923 keine
 Gültigkeit.
 c) Jugendfahrtscheine: je 50 Millionen Mark.
 d) Gepäckstücke und Sunde: 100 Millionen Mk.
 Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Ju-
 gendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der
 Serie 28 sind bis einschl. 19. Oktober 1923 gültig
 und hat der Umtausch:
 a) der Jugendfahrtscheine an unserer Haupt-
 kasse, Mengstr. 26, Zimmer 3, im Büro der
 Verwaltung, Koeststr. Nr. 49a oder durch Brief,
 b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse
 Mengstr. 26, Zimmer 3 gegen Serie 29 zu
 erfolgen.
 Lübeck, den 17. Oktober 1923. (7625)
 Städtische Betriebe.

Nichtamtlicher Teil

Gut erhalt. Süde
 zu kaufen gesucht. Ans.
 mit Preis unt. C 373
 an die Exp. d. Bl. (7595)

Brillanten
 große Objekte,
 Gold-, Silber-,
 Platin-
 alte Gebisse
 kauft ständig
Frick,
 Huxstr. 63. (7604)

Visitenkarten
 fertigt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meuer & Co.
 (5936)

1 Paar D.-Stiefel,
 Nr. 35, zu verkaufen.
 7627, Kosterstr. 10, L.

Ein sehr scharfer wach-
 samer Hund (Kreuzung
 vom Polzeigend) zu
 verkaufen. Ang. unter
 C 374 an die Exp. d. Bl.
 (7615)

Babywäse u. Stiefel
 zu tauschen gegen Kar-
 zeifen. (7649)
 Bekkerstraße 12a.

Gut erhalt. Taschenuhr
 und Golduhr gegen
 Damenring, 36-37,
 zu tauschen. (7628)
 Altingammstr. 15, L.

Übernahme kl. Büchren,
 von Kottb. u. Döber.
 7626) Sägerstr. 17a.

**Kauf v. Gold- und
 Silber-Schmuck-
 Gebirg. u. Jagd.**
Willi Westfleliag
 32) Postfach. 32)

Gold, Silber (auch Bruch) Uhren, Juwelen, Platina usw. kauft

Reell und billig!
 Zu äußerst billigen Preisen
 bieten wir an:

Kemdentuche	Popeline
Schürzenstoffe	Cheviot
Handtaschenstoffe	Kleiderchiffon
Bettbezugstoffe	Blusenstoffe
Bettlakenstoffe	Kleiderbarchent

Unsere Spezialität:
Bett-Inlett
 Damast u. Streifsatins f. Bezüge.
 Strickwolle, schwarz, grau, braun
 Herren-Strickwesten.

Normal-Wäsche
 Beachten Sie bitte unser Schau-
 fenster! (7608)
Walter Griephan & Co.
 Lübeck, Huxstr. 74.

An der Mauer 28
 und
Attendorstr. 23
 kauft man zu billigsten Tagespreisen (7616)
prima Landbrot
pa. Schweineschmalz
Corned-Beef.

Ehlers & Reetwisch
 Holsteenstr. 1. St. Petri 2-4.
**Herren- und
 Damen-Konfektion**
Schuhwaren.
 Das bekannt reelle Einkaufshaus
 für Arbeit und jeden Beruf.
 (7625a)

Beitragsmarken

für Vereine und
 Gewerkschaften
 fertigt an und liefert prompt, preis-
 wert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meuer & Co.

Alt-Eisen, alte Maschinen
 Dampf-, Dampf-, j. Art
 Duf- u. Schmiedeeisen,
 Späne, Schmelz-
 Gießbrüche.
Alt-Metalle,
 Kupfer,
 Messing, Zink,
 Blei, Stah-
 niol,
 Späne
L. Lissianski,
 Kanalstr. 21 Obertrave 19.
 Grobhandel. Fernspr. 876. Grobhandel.
 (7601)

Prima Kuroleder-Sohlen

26 Beckergrube 26. (741)
Bereins- u. Vergütungs-Anzeigen
Woblershorst. Jeden (7602)
 Donnerstag: Ball

Deutscher Verkehrsband

Ortsverwaltung Lübeck. (7593)
Verammlung
 der Kaufmanns-
 und Weinarbeiter
 am Mittwoch, 17. Oktober
 abends 6 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
Bericht der
Lohnkommission
 Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
 Schlüsselbad. 4. F. 787
 Täglich ab 5 Uhr
 nachmittags:
**Stimmungs-
 Konzerte.**
 (7606)

Santa-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr abends
 „Die Försterchristi“
 Operette in 3 Akten
 von Jarno
 mit Hertha Witt in de
 Titelrolle. (762)
Volksbühne
 zu Lübeck e. V. (761)
 Der Vorstellungsbet
 rag beträgt ab 20. Okt
 140 Millionen. Mit
 glieder, die ihre Jahres
 karten, der Erhöhun
 wegen, abgeben wollen
 werden in ihrem eigene
 Interesse gebeten, di
 Karten bis Freitag, den
 19. d. Mts., im Sekre-
 tariat, Johannistr. 48,
 abzugeben.
Gladtheater Lübeck
 Donnerstag, 7.30 Uhr:
 Der blaue Heinrich.
 Freitag, 7.30 Uhr: (761)
 Così fan tutte.

Sonder-Verkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen in allen Abteilungen.

Wir heben besonders hervor:

Kleiderstoffe / Seidenstoffe / Leinen- und Baumwollwaren / Damen-Wäsche / Damen-Hüte / Damen-Bekleidung
Herren-Bekleidung / Kinder-Bekleidung / Pelzwaren / Trikotagen / Wollwaren / Strumpfwaren / Handschuhe
Schuhwaren / Herren-Artikel / Parfümerien / Lederwaren / Gardinen Teppiche / Möbelstoffe usw.

Unsere Preise bewegen sich unter dem heutigen Dollarstand

Total-Ausverkauf der Abteilungen Haushaltwaren, Galanterie-
waren, Schmuckwaren wegen vollständiger Auflösung dieser Abteilungen

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Ämlicher Teil

Oeffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts

am Donnerstag, dem 18. Oktober 1923, nachmittags 4 Uhr, (7607) im Verwaltungsgebäude, Fleischhtr. 20, Zimmer 25.

Zahlungen an Kassen der Reichsfinanzverwaltung.

Auf Anordnung des Reichsministers der Finanzen werden von den Kassen der Reichsfinanzverwaltung bis auf weiteres Bankchecks, gleichgültig, welcher Art, nicht mehr angenommen. Bei Einreichung von Abgaben mit Postanweisung oder Zahlkarte wird als Zahlungstag der Tag angesehen, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist. Bei Überweisungen auf das Postcheckkonto und bei Postchecks ist für den Tag der Zahlung der Tagesstempelabdruck des Postcheckamtes maßgebend.

Bei Banküberweisungen wird als Zahlungstag der Tag angesehen, an dem der Betrag dem Konto der Finanzkasse gutgeschrieben ist. Lübeck, den 15. Oktober 1923. (7614) Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abteilung Ia für Besitz- und Verkehrsteuern.

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Nach Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden die Preise für Gas, Strom und Wasser 3 mal in jeder Woche festgelegt. Demgemäß betragen die vom 18. bis 20. Oktober d. Js. für den rückliegenden Verbrauch zur Berechnung kommenden Preise:

I. 1 cbm Gas 180 000 000
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 100 000 000
1 265 000 000
III. 1 cbm Wasser
A. in Lübeck:
1. für Haushaltzwecke 110 000 000
2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch 220 000 000
B. in Travemünde 110 000 000
IV. für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
1. Häuser mit Leitungen 145 000 000
2. Häuser ohne Leitungen 35 000 000

Die Abnahme beträgt 3 Tage. Bei Überforderung der Zahlungsmittel von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mk. für jede angefangene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 360 000 000 Mk. zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 15. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche nachmittags in allen Verkaufsstellen zu haben. (7621) Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrtpreise ab 18. Oktober 1923:
a) Einzelfahrtstheine:
bis zu 2 Zonen 100 Millionen
für 3 und 4 Zonen 150
für 5 und mehr Zonen 200
b) Monatskarten:
bis zu 2 Zonen 400 Millionen
für 3 und 4 Zonen 500
für 5 und mehr Zonen 600
Die Karte für diesen Monat infolge der Tarif-
erhöhungen erforderliche Nachzahlung für Monats-
karten beträgt:

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M. 1700	Millionen
	4mal. Fahrt	3000	
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	2500	
	4mal. Fahrt	4800	
für 5 u. mehr Zon.	2mal. Fahrt	3800	
	4mal. Fahrt	6400	

Die Nachzahlung hat bis 20. Oktober an un-
serer Hauptkasse Mengstr. 26, Zimmer 3, zu er-
folgen. Karten, für welche eine Nachzahlung
nicht geleistet ist, haben ab 22. Oktober 1923 keine
Gültigkeit.

c) Jugendfahrtheine: je 50 Millionen Mark.
d) Gepäckstücke und Hunde: 100 Millionen Mk.
Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Ju-
gendfahrtheine und Fahrkarten für Behörden der
Serie 28 sind bis einschl. 19. Oktober 1923 gültig
und hat der Umtausch
a) der Jugendfahrtheine an unserer Haupt-
kasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der
Verwaltung, Kochstraße Nr. 49a oder durch Brief,
b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse
Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 29 zu
erfolgen.
Lübeck, den 17. Oktober 1923. (7625)
Städtische Betriebe.

Nichtämlicher Teil

Lausche meine 2-Zim-
Wohnung in der Stadt
gegen größere 2- oder
3-Zimmerwohnung, Ge-
gend gleich. Ang. unter
C 376 an die Exp. d. Bl.
(7624)

Gut erhalt. Säde
zu kaufen gesucht. Ang.
mit Preis unt. C 373
an die Exp. d. Bl. (7625)

Brillanten
große Objekte,
Gold-, Silber-,
Platin-
alte Gebisse
kauft ständig
Frick,
Huxstr. 63.

Zu tauschen gesucht
2-Zimmer-Wohnunges-
telle 3-Zimmer-Wohn.
Holtenauer-Rord. Ang.
unt. C 377 an die Exp.
d. Bl. (7626)

Zu verkaufen eine Wasch-
maschine, Strindlar,
für alt, gut erhalt.
und eine Knechtlerwaage,
billig. 1 Rolle Leinwand.
Ang. unt. C 375 an die
Exp. d. Bl. (7628)

1 Paar D.-Stiefel,
Gr. 38, zu verkaufen.
(7627) Meinerstr. 10, L.

Ein sehr scharfer mach-
samer Hund (Kreuzung
vom Faltzieghund) zu
verkaufen. Ang. unter
C 374 an die Exp. d. Bl.
(7615)

Schwarze u. Stiefel
zu tauschen gegen Kar-
tenspiel. (7629)
Wolgerstraße 15a.

Gut erhalt. Fussen-
stücke und Schuhe gegen
Lampenschirme, 33-37,
zu tauschen. (7628)
Hilfengammerstr. 15, L.

Übernahme 11. Fahrten,
vom Kochstr. u. Kochstr.
(7625) Südwär. 17a.

Kauf v. Gold- und
Silber-Schm.
Gebirg. u. Jähne.
Willi Westfahl 7000
32 Holtenauer. 32

Stepdecken
Anfertigung u. Repa-
raturen. Spethmann
Breitestr. 31. Fernsp. 8659
(7627)

Gold, Silber (auch
Bruch) Uhren,
Juwelen, Platina usw. kauft
Johs. Probst, Uhrmacher, Hundestr. 98. (7609)

Reell und billig!
Zu äußerst billigen Preisen
bieten wir an:

Hemdentuche	Popeline
Schürzenstoffe	Cheviot
Handtuchstoffe	Kleiderchotten
Bettbezugstoffe	Blusenstoffe
Bettlakenstoffe	Kleiderbarchent

Unsere Spezialität:
Bett-Inlett
Damast u. Streifsaft f. Bezüge.

Strickwolle, schwarz, grau, braun
Herren-Strickwesten.

Normal-Wäsche

Beachten Sie bitte unser Schau-
fenster! (7608)

Walter Griephan & Co.
Lübeck, Huxstr. 74.

An der Mauer 28
und
Attendornstr. 23
kauft man zu billigsten Tagespreisen (7616)

prima Landbrot
pa. Schweineschmalz
Corned-Beef.

Ehlers & Reetwisch
Halstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und
Damen-Konfektion
Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeit und jeden Beruf.
(7628a)

Beitragsmarken

für Vereine und
Gewerkschaften
fertig an und liefert prompt, preis-
wert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Mit-Elfen, alte Maschinen
Dampf- u. Schmiedeeisen,
Spänes, Schmelz-
Gießbrunnen,
Mit-Metalle,
Kupfer, Messing, Zinn,
Blei, Stanniol,
Späne
Felle,
Tier-
haare, Pa-
pier usw. kauf-
laufend ab jed. Or-
den. — Beste
Abgabestelle für Händ-
ler, Klempner, Schmiede-
Fabrikationsbetriebe.

L. Lissianski, Großhandel.
Kanalstr. 21 Obertrave 19.
Fernsp. 876.

Prima Kernleder-Sohlen
26 Beckergrube 26. (74)

Vereins- u. Vergütungs-Anzeigen

Ublershorst. Jeden (7602) Bal
Donnerstag: Bal

Deutscher
Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(7693)

Versammlung
der Kaufmanns-
und Weinarbeiter
am Mittwoch, 17. Oktober
abends 6 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der
Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schlüsselbr. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
Glimmungs-
Konzerte.
7000

Hedermann
8 Uhr.
7579)
Hanna-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr abend
„Die Försterchristi“
Operette in 3 Akten
von Jarro
mit Hertha Witt in d.
Titelrolle. (76)
Volksbühne
zu Lübeck e. V.
76
Der Vorstellungsbetrag beträgt ab 20. Okt. 140 Millionen. Mitglieder, die ihre Jahre karten, der Erhöhung wegen, abgeben wollen werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, die Karten bis Freitag, d. 19. d. Mts., im Sekretariat, Johannisstr. 48, abzugeben.
Gladtheater Lübeck
Donnerstag, 7.30 Uhr:
Der blaue Peter
Freitag, 7.30 Uhr: (76)
Cosi fan tutte.

was bisher auch die größten Polarforscher als unbedingt nötig angesehen haben. Stefansson lebt vom Lande. Er und seine Begleiter ernähren sich und kleiden sich von dem, was Land und Meer des Polargebietes gewähren. Er lebt genau wie die Eskimos, deren guter Freund er in den langen Jahren geworden ist, und mit dem angeborenen Geschick dieser Naturkinder verbindet er die tieferen Kenntnisse, die ihm die Wissenschaft an die Hand gibt. Forschen heißt kämpfen. Das heißt Stefanssons Buch auf jeder Seite eindringlich. Stefansson ist geradezu ein Revolutionär zu nennen, dem kein durch das Alter oder allgemeine Uebereinstimmung gehaltenes Vorurteil heilig ist. Er kämpft gegen jeden Aberglauben der Zivilisation, der viel stärker vertreten ist, als man glauben möchte. Wo ist der „öde“, „lebenslose“, „kältegeplagte“ Norden, wo sind die „Schrecken der Polarwelt“, die uns beim Lesen früherer Berichte so tief haben erschauern lassen? In den „leblosen“ Eiswästen gewinnt Stefansson durch Jagd Lebensmittel in Hülle und Fülle. Die „schaurige“ Polarwelt ist für die Eskimos die Zeit der höchsten Freude, in der sie nach Herzenslust tanzen und springen und schmausen. Und wo seit den grauenerregenden Tagen der Expedition Sir John Franklin, der Amerika im Norden umfahren wollte, Hunderte von Menschen elend ums Leben gekommen sind, gibt sich Stefansson mit seinen Leuten mit leichtem Gepäck in aller Seelenruhe wissenschaftlichen Forschungen hin. Sein Buch ist ein hereditäres Zeugnis des Sieges des Mensche über die Natur, des Triumphes der modernen Wissenschaft. Seine Erfolge sind Stefansson nicht leicht geworden. Schiffe gingen ihm verloren, Leute, Ausrüstung, und der Rest seiner Begleiter zersplitterte sich in Unbotmäßigkeit gegen aufsehend irrsinnige Pläne. Stefansson ist nicht nur ein Mann der Wissenschaft, ein Mann von vielseitigen Interessen, ein Philosoph und Geschichtsschreiber. Er ist auch im besten Sinn des Wortes ein Menschenfreund. Als Menschenfreund nimmt er sich der Eskimos an. Köstliche Geschichten kann er erzählen von der Ueberlegenheit der Eskimos gegenüber den „zivilisierten“ Weißen. Aber Stefansson hat nicht allein der Wissenschaft reiche Schätze gewonnen. In seinem prächtigen Buch weist er auch nach, daß im Norden des amerikanischen Kontinents Länder der Zukunft liegen, die berufen sein werden, im Weltverkehr eine

Wer das Arbeiterblatt abbestellt

macht sich selbst wehrlos gegen die weitere Herabdrückung seiner Lage. Wer heute noch Lohn und Arbeit hat, muß es deshalb als seine vornehmste Pflicht betrachten, die Arbeiterpresse am Leben zu erhalten.

wichtige Aufgabe zu erfüllen. Den Zauber des Buches werden nicht nur diejenigen empfinden, die die Werte von Hansen, Sverdrup, Rasmussen, Scott und Watson gelesen haben, sondern auch alle, die von fremden Ländern, fremden Völkern, fremden Tieren hören wollen und empfänglich sind für die Stimme der Wahrheit. In dem Buche, das von der ersten bis zur letzten Seite fesselt, ist die reiche Illustration besonders hervorzuheben. Sie ist ein Schmuck des auch sonst prächtig ausgestatteten Werkes, das wir im Hinblick auf das nicht mehr ferne Weihnachten warm empfehlen möchten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Falsches Sparitem bei der Post in Lübeck.

Was die Postverwaltung sich heute leisten kann, davon ein kleines Bild. Unter dem Vorwande der Unrentabilität soll in Moisling die Agentur verschwinden. 21 Jahre hat sie bestanden und schon, als Moisling die Hälfte der Einwohner hatte, heute ist die Agentur nicht mehr existenzfähig. Früher wurde die Post in Moisling durch eine Kriegervitwe, welche seit dem

Kriege bei der Post angestellt ist, morgens von Lübeck geholt und dann in Moisling verteilt. Dazu wurden 4 Arbeitsstunden gebraucht. Das war aber der Diktation zu viel, da ist sie auf ein anderes Verfahren gekommen. Die Agentur soll verschwinden, und wie die Bevölkerung von Moisling annimmt, zugunsten des Postagenten in Neede-Niendorf. Denn jetzt bringt ein Postbote von Lübeck die Post nach Moisling, läßt sie dort liegen und fährt mit der nächsten Straßenbahn wieder zurück. Dann kommt von Neede-Niendorf ein Postbote und verteilt die Post in Moisling. Das macht sehr knapp gerechnet 5 Stunden und zweimal Bahnfahrt. Das ist unersetzlich ein Unsin. Schreibt man zum Beispiel einen Brief nach den anderen eingemeindeten Gebieten und geben den Brief mit dem Postboten, der die Post verteilt, dann ist es nicht mehr Ortsverkehr, und wir haben dann den Schaden davon, denn es ist Fernverkehr. Ferner müssen sämtliche Renteneinpänger, circa 300, nach Neede-Niendorf hin und ihre Renten abholen. Dadurch entstehen den Leuten ungeheure Verluste an Zeit und Lohnausfall, da sie persönlich erscheinen müssen, und die Agentur doch in der Zeit geöffnet ist, in welcher der Arbeiter seiner Beschäftigung nachgehen muß. Es tagte auch bereits am Freitag abend eine öffentliche Versammlung in Moisling, welche sich mit diesen widerwärtigen Zuständen befahte. In derselben kam zum Ausdruck, daß die Einwohnerschaft von Moisling sich die Zustände nicht gefallen lassen will. Es kann noch nachgewiesen werden, daß infolge dieser Anordnung in einer anderen Ortschaft ein Postbote zweimal am Tage dienstlich durchgehen muß, die Post aber durch einen anderen Boten von Lübeck aus befristet wird. Gegen solche Maßnahmen legt die Bevölkerung von Moisling den schärfsten Protest ein.

Im Auftrage der Einwohnerschaft von Moisling:
Robert Krefft, H. Kopenhagen.

Briefkasten.

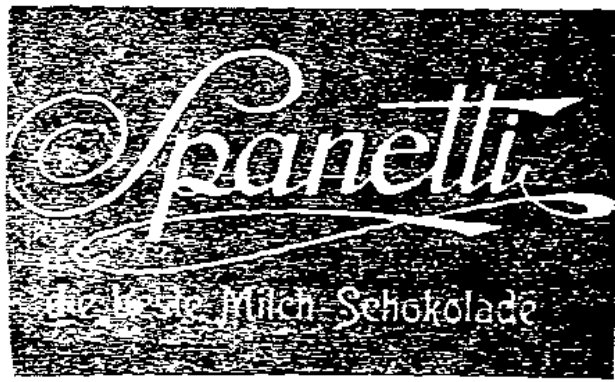
D. Eine Kute ist 16 Fuß lang. — 10 Millionen für den Kampffonds.

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung!

Hedermaus

Täglich 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung
und Tanz.

Starke Café u. Konditorei
Königsstr. 25
Täglich: Münsler-Konzert!



August Haerder & Co.
Damen- und Herren-Bekleidung
Sandstraße 1.

Alexander Krod

Königsstraße 47
Spezial-Geschäft für feine Lederwaren,
Reisekoffer, Reise- und Damentaschen
in reicher Auswahl.

Referiert für
H. Mecklenburg & Co.
Papiergroßhandlung

Christian Gräeff
Mönchstraße 36 * Telefon 8280
Generalbevollmächtigter der
„Dema“-Margarine-Werke
Seandau-Hallethorl

Gebr. Siechfeld

Spezial-Fach für Damen- und Kinder-Modestoffe
Bräse Str. 39/41 * Geraruf 106.

Nordische Käsefabrik
Bernhard Horsmann A.-G.
Lindenstr. 20-22 * Fernspr. 8178

Spezialität: Weichkäse

Grütmühle Carl Moll, Lübeck

Telefon 584 und 590 - Alshöhe 12/14
Faktor für Mägen * Grütmühle für junge Schweine
Garant reines Schrot zum Mägen * Umtausch
von Getreide in Grütze, Flocken usw.



Hermann Blunck G. m. b. H.

L Ü B E C K
Mühlenstrasse Nr. 34
Lager: Bei der Gasanstalt
Fernsprecher Nr. 6670 u. 8378
Kohlen * Koks * Briketts

Café Stammer

Konditorei - Café
Lindenstraße 1b

„Back-Pulver“

von Julius Bötscher, Lübeck
ist Friedensware!
Man achte auf den Preisunterschied.

Gebr. Röchling G. m. b. H.

Kohlen * Koks * Briketts
Böhmische Braunkohlen, Holz und Torf

Hauptkontor: Schüsseibuden 16 * Lager: Kanalstraße 3-5 * Fernspr. 3437, 3438

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?

(A.) Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan. (Musterschutz.)

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 556, 747, 943 D, 1100, 126, 344, 417, 722, 820 D, 930 S, 935.

Travemünde-Niendorf: 527 W, 800, 207, 658.

Eutin: 714, 1208, 142 D, 200, 725.

Büchen: 500, 800, 130, 418 D, 600. — Seeberg: 130 W, 210 S, 730.

Kleina: 720, 937 D, 1202, 524, 753, 925.

(Ohne Gewähr. — Musterzug.)

HAGEN & CO, LÜBECK

Untertrave 44-45

Fernsprecher 2342 u. 8264

„Kosmos“-Maschinenöle. „Lubrovalin“-Cylinderöle. Maschinenfette.
Techn. Bedarfsartikel = Treibriemen in Ia. Kernleder, Balata, Kameelhaar, Baumwolle usw.
Schlüsselausrüstungen für Deck und Maschine. Größtes Lager am Platze.
Prompte Lieferung. Fabrik Hamburg. Gegründet 1853.

Kohlen-Jhrke

ASO kauft der Arbeiter Lübeck's
seine Lebensmittel?

In der Feinabhandlung

Paul Buemester jun.

Hauptgeschäft: Holtenstraße 24. Fernsprecher 3763.

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck. Breite Str. 89.

Dampfbäckerei „Hansa“

L Ü B E C K
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall!

J. HÖPPNER

Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2247.

Central-Meierei Inh. Otto Struve
L. Lohberg 9
Telephon 1837.

Nur gute
Schuhe
Schuhwarenhaus
AUGUSTE POPP
sind
billig!

LUDWIG ZANDER

GOLDSCHMIED
Marlesgrube 3 * Fernspr. 8700.

B. Glogner & Co.

Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle,
Schrott.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-
kleidern, Schuhen usw.
HERM. FRIEDER, Depenau 41.

F. Lissianski

Eisen * Metalle * Rohprodukte
Kanalstraße 21
Telephon 8760.
Obertrave 16
Telephon 876.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-
Garderoben, Fußzeug,
Fahrrädern usw. Karnapp, Krähenstraße 34.

Possehl's Kohlenhandel

Abteilung Beckergrube. Abteilung Mühlenstr. 62
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.

Koks * Kohlen * Briketts
Alleinvertreib des Lübecker Gaskoks.

Nebenstelle Holstenbrücke * Fernspr. 3330.